

Tropfen auf den heißen Stein zu schildern: In der Ministerratsitzung habe ich das Sortiment von Bürsten aus unseren Behinderten- und Sehschwachenverband ausgeteilt mit der großen Bitte, daß sofort unsere Ministerien, speziell das Ministerium des Innern, und die NVA dort ihre Bürsten bestellen, damit die Arbeitsplätze erhalten bleiben,

(Beifall)

verbunden mit dem Hinweis auf die 6-Prozent-Quote für die Beschäftigung von Schwerbehinderten ab 1. Juli und mit dem Appell, daß gerade in den Ministerien darauf geachtet werden soll, daß diese Klausel, dieser Prozentsatz eingehalten wird, daß also mit gutem Beispiel vorangegangen wird.

Wir waren beispielsweise am letzten Freitag unterwegs und haben in Frankfurt/Oder bereits das erste Berufsförderungswerk gründen können, wo Behinderte die Möglichkeit haben, eine Ausbildung und eine Beschäftigung zu erlangen, und zwar bereits ab 1.9., in einem ehemaligen Stasiobjekt. Wir waren in Fürstenwalde, wo wir in Behindertenwerkstätten gesehen haben, wie groß das Engagement ist, Arbeitsplätze für geistig Behinderte aufrechtzuerhalten. Wir waren dabei beteiligt, die Funkstation Wernsdorfer Kippe nun endlich von der Staatssicherheit zu befreien von dem, was dort noch arbeitet, um hier ein Berufsförderungswerk einzurichten, wofür uns vom Berufsförderungswerk Epiphanienviertel aus Westberlin zugesagt wurde: Sie richten uns dieses Werk komplett ein, wenn wir in der Lage sind, einen Platz und ein Gebäude zur Verfügung zu stellen. Bis jetzt waren wir nicht dazu in der Lage. Wir sind aber dabei.

Wir geben uns wirklich vor Ort im Detail Mühe, das zu lösen, was jetzt anliegt. Und die gesetzgeberische Seite ist sicher sehr wichtig. Wir haben ihr sicher die nötige Aufmerksamkeit entgegengebracht. Aber ich verstehe nicht, daß wir jetzt um 150 oder 250 Mark Ausgleichsabgabe diskutieren und meinen, daß die Schwerbehindertenvertretung, die sowohl im Schwerbehindertengesetz als auch im Betriebsverfassungsgesetz geregelt ist, nunmehr im Schiedsstellengesetz fehlt.

Wir müssen versuchen, gemeinsam die Probleme zu lösen und stufenweise einen vernünftigen Weg zu einer optimalen Eingliederung der Behinderten zu finden. Wir müssen versuchen, daß wir es gemeinsam schaffen und nicht gegeneinander reden. - Ich danke.

(Beifall)

Demloff (PDS):

Frau Ministerin! Ich möchte hier vor dem Parlament ausdrücklich betonen: Ich habe vor Ihnen, vor Ihrem Staatssekretär - fragen Sie den Gert Hartmann, Mitglied Ihrer Fraktion, wir haben uns darüber beraten - eine außerordentliche Hochachtung. Ich achte wesentliche Teile Ihrer Position - Sie vielleicht auch dieses oder jenes von mir. Es geht mir nicht darum - ich sage das sehr deutlich -, hier einen Gegensatz zur Regierung hereinzubringen. Ich erinnere Sie an meine erste Rede. Ich habe nicht ohne Grund den Konsens des Parlaments gefordert. Es geht mir auch nicht um ein Ausspielen, das ist nicht meine Art und nicht mein Denken; denn Menschen mit Behinderungen brauchen das Zusammenwirken aller politischen Kräfte, und die Organisationen der Behinderten sind überparteiliche.

Aber verstehen Sie mich bitte recht, wenn wir bestimmte Dinge hier im Parlament nicht zuspitzen, sie gewissermaßen auf die Spitze treiben, um bestimmte Dinge, die die Menschen bedrücken, durchzusetzen - fahren Sie durch das Land, schauen Sie sich die Pflegeheime, die Altenheime an, schauen Sie sich Teile des Lebens der Behinderten an -, es ist eine riesige Aufgabe, die vor uns steht, und der müssen wir uns alle stellen. Darum geht es mir.

Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:

Ich würde darum bitten, daß wir die Aussprache fortsetzen.

(Gauck, Bündnis 90/Grüne: Ich wollte dem Abgeordneten eine kurze Frage stellen. Ist das noch möglich?)

Wenn der Abgeordnete Demloff diese Frage zuläßt?

(Demloff, PDS: Wissen Sie, die Behinderten haben sonst verhältnismäßig wenig Möglichkeiten, auf dieser Ebene mitzudiskutieren. Es hat viel Kampf gekostet, hierherzukommen. Bitte schön.)

Gauck (Bündnis 90/Grüne):

Herr Abgeordneter, würden Sie das im Sinne Ihres Antrages sehen, wenn ich Sie jetzt davon informiere, daß wir einen Antrag stellen wollen, daß es noch einmal an die Ausschüsse Arbeit und Soziales sowie Gesundheit zurückverwiesen wird. Könnten Sie dann Ihren mündlich vorgetragenen Antrag der Verweisung an den Ausschuß Deutsche Einheit zurücknehmen, in der Erwartung, daß in den beiden genannten Ausschüssen das passiert, was Sie angestrebt haben?

Demloff (PDS):

Ich würde Ihnen gern zustimmen, um die Sache abzukürzen. Aber es geht - die Ministerin wies nicht ohne Grund darauf hin - um die Finanzierbarkeit. Deshalb bin ich der Meinung, daß in der Beratung des Staatsvertrages dieser Problematik vielleicht eine besondere Aufmerksamkeit auch im Ausschuß Deutsche Einheit geschenkt werden müßte, damit die Ministerin - ich hoffe es -, und das ist das eigentliche Wesen, in den Fragen, die sie jetzt drücken, mehr Unterstützung bekommt. Aber ich stimme jedem Vorschlag zu, der uns weiterführt.

Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:

Nehmen wir die letztgenannte Aufforderung, und ich würde bitten, daß sie im Ausschuß Deutsche Einheit als eine Aufforderung entgegengenommen wird und die Abgeordneten, die in diesem Ausschuß sind, sich dieses Antrages annehmen. Ansonsten - noch eine weitere Frage? - Nur Anfragen sind jetzt gestattet. Ich bitte, daß wir in unserer Rednerliste fortfahren. Ich habe dem Abgeordneten Gert Hartmann vorhin schon einmal das Wort erteilt. Ich bitte um Entschuldigung. Abgeordneter Gert Hartmann von der SPD.

Hartmann für die Fraktion der SPD:

Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! Ich darf doch noch einmal kurz auf den Redebeitrag von Jürgen Demloff eingehen__^

Als Behinderter und Mensch, der hier in der DDR Jahre verbracht hat, muß ich natürlich sagen, daß die bisherige Verordnungspraxis in keiner Weise geeignet war, unseren Anforderungen Rechnung zu tragen, und demzufolge sind wir mit diesem jetzt vorliegenden Gesetzeswerk doch ein gehöriges Stück weitergekommen.

Ich begründe diesen Standpunkt aus der Sicht der SPD. Das Schwerbehindertengesetz ist aus der Sicht der SPD-Fraktion, gemessen an der bisherigen Verordnungspraxis, ein bedeutender Fortschritt. Es sichert bei verantwortungsvollem Umgang die Eingliederung schwerbehinderter Menschen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft.

Seine Gliederung ermöglicht eine leichte Handhabung. Als von bedeutender Tragweite halten wir die Tatsache, daß dieses Gesetz Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung von 50-100 % umfaßt und Gleichgestellte von 30-50 %.

Ein weiterer Vorteil ist die Aufnahme der Beschäftigungspflicht für Arbeitgeber, die auf 6 % aller Arbeitnehmer festgelegt wurde.

Im Zusammenhang mit der Feststellung der Behinderung und der Vergabe von entsprechenden Ausweisen empfiehlt die SPD-